

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 8, I.

Trades Union-Kongress in Edinburgh.

7. bis 12. September 1896.

Geschäftsordnung.

Für die Vertretung und geschäftliche Regelung der Verhandlungen auf dem diesjährigen Kongress waren die 1894 beschlossenen neuen Bestimmungen der „Standing Order“ (Geschäftsordnung) maßgebend und wird es deshalb auch für deutsche Arbeiter von Interesse sein, die wesentlichen Bestimmungen derselben kennen zu lernen.

Es sind dies die folgenden:

1. Die jährlichen Kongresse finden im September statt.

2. Am ersten Tage versammelt sich der Kongress um 12 Uhr und erledigt nur geschäftliche Angelegenheiten — Wahl von Kommissionen, des Bureaus etc. Ufance ist, daß zum Präsidenten ein Delegierter aus der Mitte der Delegierten des Ortes gewählt wird, wofelbst der Kongress stattfindet.

3. An den folgenden Tagen dauern die Sitzungen von 9³⁰ Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags und von 2—5 Uhr Nachmittags.

4. Nur im Gewerbe arbeitende Personen oder von den betreffenden Gewerkschaften bezahlte Beamte können als Delegierte gewählt werden.

5. Lediglich anerkannte Gewerkschaften sind zur Repräsentation berechtigt.

6. Für je 2000 Mitglieder ist eine Gewerkschaft zu einem Delegierten berechtigt, vorausgesetzt, daß dieselbe für die Ausgaben des Parlamentarischen Comité's für je 1000 Mitglieder 1 £ = M. 20 und für jeden Kongressdelegierten derselben 10 sh = M. 10 bezahlt hat. Die Namen und Adressen der Delegierten müssen 14 Tage vor Stattfinden des Kongresses beim Parlamentarischen Comité gemeldet werden.

7. Außer dem zu wählenden Präsidenten besteht das Bureau aus dem Vorsitzenden des Parlamentarischen Comité's, welcher als Vize-Präsident fungiert und dem Sekretär und Schatzmeister des Parlamentarischen Comité's.

8. Ein Geschäftsordnungscomité von fünf Personen wird vom Kongress gewählt, welche alle geschäftlichen Angelegenheiten zu regeln haben.

9. Sechs Personen werden als Stimmzähler erwählt, deren Entscheidungen bei Abstimmungen endgültig sind.

10. Die Mitglieder der Comité's werden für ihre Arbeiten auf dem Kongress bezahlt — so erhalten die Mitglieder des Geschäftsordnungscomité's je M. 40, der Sekretär desselben M. 60. Die Revisoren jeder M. 11, die Thürsteher und Voten je M. 40, die Stimmzähler jeder M. 11.

11. Die Abstimmungen geschehen gewöhnlich durch Handaufheben, doch kann von den Delegierten auch Kartenabstimmung beschlossen werden. Zu diesem Zweck erhalten die Delegierten vor Stattfinden des Kongresses für je 1000 Mitglieder, welche sie vertreten, eine Karte.

12. In das Parlamentarische Comité können nur Delegierte von Organisationen gewählt werden, welche ihre Beiträge für dasselbe im letzten Jahr bezahlt haben. In keinem Fall dürfen zwei Mitglieder von einem Gewerbe gewählt werden; eine Ausnahme von dieser Regel ist nur bei der Wahl des Sekretärs des Parlamentarischen Comité's zulässig.

13. Das Parlamentarische Comité besteht, einschließlich des Sekretärs, aus 13 Personen. Der Bericht desselben wird am ersten Tage erstattet und abschnittsweise zur Debatte gestellt.

14. Die Aufgaben des Parlamentarischen Comité's sind:

- a) alle legislativen Maßnahmen, welche die Arbeiterfrage berühren, zu überwachen;
- b) legislative Aktionen nach den Beschlüssen des Kongresses veranlassen zu suchen;
- c) das Programm des nächsten Kongresses vorzubereiten;
- d) die Mandate der Delegierten zu prüfen und darüber zu entscheiden.

15. Resolutionen für die Tagesordnung des Kongresses müssen 6 Wochen vor dem Zusammentritt desselben eingesandt werden. Die Resolutionen werden dann gedruckt und mindestens 30 Tage vor dem Kongress den Sekretären der Gewerk-

beständen, wie sie die Gewerkschaften zum Schluß des Jahres 1895 hatten, werden größere Kämpfe nicht geführt werden können, wie sie im Frühjahr 1896 nothwendig waren, um den günstigeren Geschäftsgang voll auszunutzen. Es hatten Ende 1895 an Kassenbestand pro Kopf der Mitglieder:

Buchdrucker M. 49,12, Hutmacher 34,80, Zigarrensortirer 18,69, Bildhauer 15,06, Hand- schuhmacher 14,47, Buchbinder 11,49, Glasarbeiter 8,—, Porzellanarbeiter 6,46, Kupferschmiede 5,95, Zimmerer 5,08, Lederarbeiter 4,52, Maurer 4,46, Hafenarbeiter 4,33, Bergolder 4,29, Glaser 4,15, Holzarbeiter (Hülfsarbeiter) 3,85, Schuhmacher 3,83, Maler 3,61, Lithographen 3,48, Steinsezer 3,40, Sattler 3,39, Handelshülfsarbeiter 3,29, Schneider 2,94, Former 2,86, Goldarbeiter 2,85, Schiffszimmerer 2,26, Korbmacher 2,—, Schmiede 1,89, Böttcher 1,69, Konditoren 1,55, Müller 1,29, Stuckateure 1,24, Tapezierer 1,22, Metallarbeiter 1,17, Töpfer 1,14, Holzarbeiter (Verband) 1,13, Fabrikarbeiter 0,99, Gastwirthsgehülfsen 0,74, Brauer 0,70, Bäcker 0,67, Flößer 0,66, Bau- arbeiter 0,46, Gärtner 0,24, Bergarbeiter 0,20, Dachdecker 0,16, Bureauangestellte 0,12.

Bei großen Organisationen werden bedeutende Kämpfe geführt werden können, wenn auch der Vermögensbestand pro Kopf der Mitglieder gering ist; kleinere Organisationen werden aber bei dem auch nur wenige Mitglieder umfassenden Ausstand auf freiwillige Beiträge und auf Unterstützung anderer Gewerkschaften angewiesen sein. Manche Lohn- bewegung wird in diesem Frühjahr nicht inszenirt worden sein, weil die Mittel zu ihrer Durchführung mangelten.

Nun hat das Unternehmertum bei den wirth- schaftlichen Kämpfen nicht nur mit den organisirten Arbeitern zu rechnen. Die Organisationen sind die Kadrez, um welche sich die Berufsgenossen schaaren, wenn ein Kampf ausbricht. In ihnen steckt die treibende Kraft, die Indifferenten zur

Arbeitseinstellung zu bewegen. Mag das Un- nehmerthum sich auch täuschen, wenn es glaubt, die Gewerkschaften nicht fürchten zu brauchen, sie an Mitgliederzahl nur gering sind, zu rech- wird auch von unserer Seite zuverlässig nur diejenigen sein, welche treu zur Organisa- halten und nicht zu dieser erst kommen, wenn Kampf in Aussicht steht, oder schon ausgebro- ist. Wollen die Arbeiter sich nicht zur Lebe- haltung der Kulis herabdrücken lassen und da- unfähig werden, die vollständige Emanzipa- der Arbeiterklasse durchzuführen zu können, wo- sie, die Schöpfer aller Gebrauchsgegenstände, nicht gleich Sklaven behandeln und bedrü- lassen, so müssen sie sich gewerkschaftlich orga- firen. Wo gute Organisationen bestehen, hat die Sklaventhum aufgehört.

Wenn die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit noch nicht große und dauernde Erfolge errun- haben, so möge man bedenken, daß heute Deutschland von 100 Industriearbeitern kaum organisirt sind. Das ist kein Verhältniß. muß das Unternehmertum triumphiren und Arbeiterchaft nur um so fester den Fuß auf Nacken setzen. Noch vermögen die Arbeiter die Zustand zu beseitigen. Darum nicht pessimist abseits stehen, an dem Erfolge verzweifeln, son- die Reihen der organisirten Arbeiter stärken, muß die Parole für Alle sein, welche die Arbei- klasse vom Joche des Kapitalismus befreien wol- Man nehme die Opfer, welche die Zugehörig- zur Organisation bedingt, auf sich und der Erf- wird nicht ausbleiben. Wer aber feig zurück- und die Opfer scheut, der trägt die Schuld dar- daß die arbeitende Klasse nicht zu einer höhe- Lebenshaltung, zur kürzeren Arbeitszeit und höhe- Geistesbildung und damit zu größerer Macht u- größerem Einfluß auf allen Gebieten des öffe- lichen Lebens kommt.

Die Generalkommission.

An die Vertrauensleute der örtlichen Gewerkschaftskartelle.

Die Agitationskommission der Gastwirths- gehülfsen beabsichtigt auch in diesem Jahre mehrere Agitationstouren zu veranstalten. Da nicht in allen Städten, auf welche sich die Agitation erstrecken soll, Vertrauensleute unter den Gastwirthsgehülfsen vorhanden sind, so werden mehrfach die Ver- trauensleute der Kartelle ersucht werden, die Ver- sammlungen einzuberufen und die nöthigen Vor- arbeiten für dieselben zu übernehmen.

Wir haben wiederholt es als eine der vor- nehmsten Aufgaben der Gewerkschaftskartelle be- zeichnet, dafür zu sorgen, daß alle Berufe am Orte organisirt werden. Ist dies im Allgemeinen nothwendig, so im Besonderen für die Berufe, deren Angehörige unter der schamlosesten Ausbeutung leiden, wie dies bei den Gastwirthsgehülfsen der

Fall ist. Man sollte nun annehmen, daß die Vertrauensleute, sich ihrer Pflicht bewußt, nach den Wünschen der Agitationskommission na- kommen, zumal die sämtlichen Kosten der Agitatio- keinerlei finanzielle Opfer auferlegt werden.

Die Agitationskommission klagt jedoch, daß der letzten Agitation mehrere Vertrauensleute nöthigen Arbeiten nicht gemacht, einige sogar wiederholte Zuschriften keine Antwort gege- haben. Wir richten die dringende Bitte an die Frage kommenden Kartelle, den gewiß bescheidenen Anforderungen der Agitationskommission zu er- sprechen und so die ihnen gestellte Aufgabe v- zu erfüllen. Die Adresse der Agitationskommissi- ist: Rudolf Ströhlinger, Jüdenstraße 8, Berlin C. Die Generalkommission.

Situationsbericht. Der Streit der Flößer im Regedistrikt dauert fort. Die Aktiengesellschaft sucht Ersatz für die Streikenden zu gewinnen und droht diese zu entlassen und sich an den gestellten Kautionen schadlos zu halten. Die Streikenden wollen trotz dieser Drohung ausharren, um die

winzigen Verbesserungen in ihrer elenden Leben- weise zu erhalten. Bei der Armuth der Streike- den ist aber Unterstützung durch andere Gewer- schaften dringend erforderlich.

Adresse: Franz Schwab, bei G. Unglaue, Regbam b. Weiskenhöhe an der Ostbahn.

schaften zugesandt. Amendements müssen 14 Tage vor dem Kongress eingesandt werden.

Der Kongress kann die eingesandten Resolutionen und Amendements ablehnen oder annehmen; neue Anträge oder Amendements können auf dem Kongress nicht mehr gestellt werden.

16. Antragsteller haben 15 Minuten Redezeit, die übrigen Redner 10 Minuten; mehr als einmal darf zu einer Frage nur der Antragsteller sprechen.

Eine Rednerliste wird auf englischen Kongressen nicht geführt; die Redner melden sich durch Aufstehen von ihren Sitzen. Der Präsident erteilt demjenigen das Wort, den er zuerst sieht.

Sobald der Präsident der Meinung ist, daß ein Antrag genügend debattiert ist, schließt er die Diskussion und schreitet zur Abstimmung.

17. Entstehende Streitigkeiten zwischen zwei Organisationen, welche darin ihren Grund haben, daß Mitglieder der einen Organisation bei einem Streik der anderen Organisation die Plätze der Streikenden besetzen, entscheidet das Parlamentarische Comité. Sind die Beschwerden begründet, so wird der betreffenden Organisation auf zwei Jahre das Recht aberkannt, sich auf dem Kongress vertreten zu lassen.

18. Delegierte dürfen den Kongress nur mit Einwilligung des Vizepräsidenten verlassen. Delegierte, welche ohne Erlaubnis fehlen, werden durch den Präsidenten namhaft gemacht.

19. Der Sekretär des Parlamentarischen Comité's erhält für seine Arbeiten £ 200 = M. 4000 jährlich. Für einen Hilfssekretär bewilligte der Edinburgher Kongress demselben £ 100 = M. 2000 jährlich. Die übrigen Mitglieder des Parlamentarischen Comité's, welche außerhalb Londons wohnen, erhalten, sobald Sitzungen stattfinden, Fahrgehalt und M. 12,50 Diäten pro Tag, die in London wohnenden Fahrgehalt und M. 10 Diäten pro Tag. Der Kassierer erhält für seine Mühewaltung £ 15 = M. 300 jährlich.

Präsenzliste.

Name der Organisation	Anzahl der Delegierten	Mitgliederzahl
Kesselschmiede und Schiffbauer	15	39300
Bäcker (Allgemeine Union)	3	5000
do. (Birmingham-Distrikt)	1	500
do. von Schottland	2	2750
Maschinengarn-Arbeiter	1	3856
Bootbauer	1	400
Buchbinder	1	3446
do. (Frauen-Organisation)	1	290
Gelbgießer	1	6000
Bettstellen-Arbeiter	1	2800
Grob schmiede	2	2630
Hochofenleute	2	5000
Schuhmacher (Nationale Union)	8	41000
do. (Vereinigte Gesellschaft)	2	5000
Maurer (Manchester)	2	3000
Kupferschmiede	1	1300

Name der Organisation	Anzahl der Delegierten	Mitgliederzahl
Zimmerer u. Tischler (Allgem. Union)	17	44
do. do. (Association)	1	8
Karton-Arbeiter	12	24
do. von Wigan	1	
Kohlengruben-Binder (Lancashire)	1	
do. Ingenieure von Wigan	1	
Kooperierte Schmiede-Gesellschaft	1	
Kunsttischler-Union	1	1
do. Association	1	1
do. Alliance	2	4
Kattendrucker	1	
Böttcher	2	4
Kohlentrimmer von Cardiff, Benrith und Barry	1	12
Kettenmacher von Pontypridd	1	8
do.	1	2
do. Association	1	2
do. v. Cradley Heath Distrikt	1	1
do. Association	1	
do. do.	1	2
Kutschenmacher	1	59
Schriftgießer von London	2	105
Schuhmacher von Edinburgh	1	2
Kontorboden von Northumberland	1	7
Dock-, Werst- und allgem. Arbeiter	1	100
Dienstboten	1	5
Maschinenbauer	7	839
Maschinisten, Spritzenleute z.	1	10
do. do.	1	23
Lokomotivführer, Heizer	1	10
do. do. v. Schottland	1	11
Maschinisten (Nationale Federation)	2	80
Werkzeug-Schleifer	1	2
Belzarbeiter	1	3
Filzhutmacher	1	31
Planierer	1	5
Phantasie-Lederarbeiter	1	3
Beamten-Vereinigung (Fawcett-Ass.)	1	20
Golbschläger	1	3
Glasmacher (Freundschaftl. Gesellsch.)	1	5
Gas-, Ziegelstein- u. allgem. Arbeiter	2	30
Gas- u. allg. Arbeiter (Nation. Union)	12	240
Haus- und Schiffsmaler	1	70
do. do. von Belfast	1	6
Hausdekorateure und -Maler	1	40
Thon-Töpfer	1	10
Strumpfwaren-Arbeiter	1	51
Schriftgießer	3	157
Eisenformer von Schottland	2	65
Eisen- und Stahlarbeiter	3	64
Steindrucker	1	289
Lithographen	1	63
Nationale Arbeiter-Union	1	200
Lebensversicherungs-Agenten	1	175
Spitzenarbeiter (Kooperative-Ges.)	2	35
Nationale allgem. Union der Arbeit	1	1691
Schlosser von Wallfahl	1	14
do. " Wolberhampton	1	45
do. " Billerhall	1	80
Sattler von London	1	49
Kutscher von London	2	700

Name der Organisation	Anzahl der Delegierten	Mitgliederzahl
Bergarbeiter-Federation	39	154000
do. (Nationale Union)	13	76000
Maurer	2	16174
Musiker	2	3308
Maschinenarbeiter-Association	1	2750
Städtische Arbeiter	1	4000
Schottische Mühlenarbeiter	2	3000
Maurer von Schottland	2	9329
Darrenmacher	1	750
Webstuhl-Aufsicher	2	3721
Weber von Great Harwood	1	2000
Tellerglas-Schleifer	1	750
Papiermühlen-Arbeiter	1	1000
Schablonenmacher	1	3443
Bleigießer	2	8447
Pflasterer	1	9234
Maschinisten von Edinburgh	1	400
Versicherungs-Agenten	1	1612
Maschinenmeister von London	1	1700
Töpfer (Nationale Organisation)	1	1000
Eisenbahnarbeiter	3	40018
do.	2	4000
Spinner	2	18131
Spinner von Bolton	3	4000
Stahlschmelzer	1	2990
Stahl- und Eisenarbeiter	2	3000
Schiffszimmerer	4	14000
Salzarbeiter	1	1808
Stahlarbeiter	1	1193
Matrosen und Feuerleute	3	15000
Güterpacker	2	3000
Maschinenbauer von Manchester	1	7700
Schmiede von London	1	879
Silberschmiede	1	473
Korbmacher von Yorkshire	1	107
Ladendiener	1	1900
Schneider	5	15005
Schneider von Schottland	2	5000
Schneider, jüdische	1	1000
Schneiderinnen von Leeds	1	40
Buchdrucker	3	13700
do. schottische	2	3254
do. von Glasgow	1	1337
do. von Edinburgh	1	900
Röhrenarbeiter	1	800
Zinnblecharbeiter	1	2827
Arbeiterunion von Bristol	2	7000
do. von Midland	2	3000
Straßenbahn-Angestellte	1	4500
Messerschleifer von Sheffield	1	600
Messerschmiede	1	280
Lapezierer	1	1800
Pergament-Buchbinder	1	432
Wollkammer von Bradford	1	406
Auf dem Wasser beschäftigte Arbeiter:		
1. von der Themse	2	3000
2. v. Upper Mersey	1	750
3. v. River Tyne	1	700
4. v. River Weaver	1	360
Uhrmacher	1	1000
Arbeiter-Association (Dalton District)	1	1000

Name der Organisation	Anzahl der Delegierten	Mitgliederzahl
Arbeiter-Association von West- Cumberland	1	650
Frauen-Liga	1	350
Weber, nördliche Grafschaften	10	83325
14 Weberorganisationen (Mitglieder- zahl nicht angegeben)	29	—
Weber von Yorkshire	1	500
Weber und Textilarbeiter:		
Haworth Branch	1	108
Bradford Branch	1	500
Huddersfield Branch	1	800
Heavy Woollen District	1	750

Gesamtzahl der Delegierten 346.
Gesamtzahl der von denselben ver-
tretenen organisierten Arbeiter:
1 Million 35 Tausend und 341.

Eine gewaltige Arbeit war es, welche der Kongress, als er am 7. September seine Sitzungen begann, vor sich hatte. Außer den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten sollten nicht weniger als 92 Resolutionen mit den dazu gestellten Amendments berathen und darüber beschloffen werden. Auf einem deutschen Kongress würde eine derartige Arbeitsleistung einfach undenkbar gewesen sein; unsere deutsche Gründlichkeit und die Unart, die auf unseren Kongressen noch häufig zu Tage tritt, über wichtige Dinge manchmal stundenlang zu debattiren, hätten dies verhindert. Dazu kommt, daß wir in Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung keineswegs die Schulung besitzen, wie die englischen Arbeiter. Der Edinburgher Kongress war der 29., der von den Gewerkschaften Großbritanniens abgehalten wurde, und so ist es erklärlich, daß über die meisten Fragen ohne wesentliche Debatte entschieden werden konnte. Während der sechstägigen Verhandlungen wurde nur ein einziges Mal gegen die Entscheidung des Präsidenten, die Debatte über eine Resolution zu schließen, Widerspruch erhoben. Die dann von dem Präsidenten vorgenommene Abstimmung ergab dennoch, daß die große Mehrheit für Schluß der Debatte war. Die Reden zeichneten sich durch große Sachlichkeit aus, die Ausführungen waren kurz, ruhig und bestimmt und meistens mit überraschender Wärme vorgetragen. Dieselben bewiesen das große Verständnis, welches die englischen Arbeiter sich im Laufe der Jahre in den Fragen praktischer Arbeiterpolitik erworben haben.

Zu unserem Bedauern gestattet uns nicht der Raum unseres Blattes, einen ausführlichen Bericht bringen zu können, wir müssen uns auf ein kurzes Resumé beschränken.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung war der Bericht des Parlamentarischen Comités. Das Comité hat im letzten Jahre 29 Sitzungen abgehalten. In seinem Berichte beschwert sich das Comité, daß, obgleich die jetzige Regierung schon 15 Monate im Amte sei, dieselbe noch absolut nichts gethan habe, um Maßnahmen im Interesse der Arbeiterklasse zu fördern, auch werden die

Mitglieder des Parlaments an ihr den Wählern vor der Wahl gegebenes Versprechen erinnert, in erster Linie für ein besseres Haftpflichtgesetz, für Verkürzung der Arbeitszeit, für ein Pensionsgesetz für alte Arbeiter eintreten zu wollen. Der Vermuthung wird Raum gegeben, daß die Arbeiterklasse während der Lebenszeit des jetzigen Parlaments von demselben wenig für die Förderung ihrer Interessen zu hoffen habe.

Der Bericht erörtert dann eingehend die Maßnahmen, welche von dem Comité getroffen wurden, Arbeiterschutzgesetzbestimmungen im Parlament einzubringen.

Eine längere Debatte entspann sich über den Theil des Berichts, welcher von dem letzten Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress handelt. Die wichtigste Stelle dieses Abschnittes lautet:

„Ohne Zweifel wird große Meinungsverschiedenheit darüber herrschen, ob der Kongress ein Erfolg oder ein Mißerfolg war. Obgleich nun große Zweifel obwalten mögen über die Möglichkeit derartiger Kongresse angesichts der Verschiedenheit der Vertretung, der politischen Ansichten und der Sprachschwierigkeiten, so fühlt sich das Comité doch nicht berufen, an dieser Stelle seine Billigung oder Mißbilligung über denselben auszusprechen. Das Comité hat ausschließlich die Befehle ausgeführt, die ihm von früheren Kongressen erteilt worden sind. Aber, es ist billig, zu fragen, ob es angesichts der Dinge, die sich auf diesen internationalen Kongress ereignet haben, und der Erfahrungen, die dort gesammelt wurden, für die Gewerksvereine eine weise und kluge Politik ist, sich in Zukunft mit Kongressen dieser Art zu identifizieren.“

Von einem Delegirten aus London wurde beantragt, den letzten Satz zu streichen. Von den folgenden Rednern wurde der betreffende Passus im Berichte vertheidigt, der Kongress habe ein Bild der Uneinigkeit, der Disharmonie geboten, die Arbeitersache sei dadurch nicht gefördert worden.

Der Antrag wurde mit 143 gegen 91 Stimmen abgelehnt.

Ben Tillet, Vertreter der Dockarbeiter und Mitglied der Independent-Labour-Party, stellt sodann folgenden Antrag: „Der Kongress ist der Ansicht, daß zukünftige internationale Kongresse nur aus bona fide Vertretern von Arbeiterorganisationen bestehen sollen und daß die Delegation festgesetzt werde nach den Regeln der englischen Trades-Union-Kongresse.“

Tillet ist der Meinung, daß internationale Kongresse eine Nothwendigkeit geworden sind, daß aber gerade, um das Gefühl der internationalen Brüderlichkeit zum richtigen Ausdruck zu bringen, die Art der Repräsentation geändert werden müsse.

Ein Delegirter sprach gegen internationale Kongresse und erzielte große Heiterkeit durch seine Behauptung, daß das Volk in Rußland, Deutschland, Belgien, Oesterreich noch um 500 Jahre, was Redefreiheit und Organisation anbelangen, zurück sei.

Der Antrag Tillet's wurde mit 172 gegen 11 Stimmen angenommen.

Die am zweiten Tage gehaltene Ansprache des Präsidenten, Mr. Wallison, Vertreter der

Schuhmacher und Mitglied des Stadtraths Edinburgh, war bemerkenswerth durch die Anerkennung, welche in derselben der sozialistischen Agitation gezollt wurde. Er sei für eine politische Arbeiterpartei, aber, um das einheitliche Bild der Gewerkschaften nicht zu gefährden, sei es notwendig, die Parteipolitik aus den Gewerkschaften fernzuhalten. Raum sei genug für Bewegungen und auch Arbeit für dieselben, daß sie sich rivalisirend entgegen zu treten brauchten. Der erste Schritt, eine politische Arbeiterpartei zu bekommen, sei Zahlung von Diäten an Parlamentsmitglieder. Auf die Erreichung dieser Forderung müsse die Arbeiterklasse Großbritannien ihre ganze Energie konzentriren, kein Kandidat dürfe bei den nächsten Wahlen die Stimme der Arbeiter erhalten, der sich nicht ausdrücklich verpflichte, für diese Forderung einzutreten.

Die Rede des Präsidenten wurde mit allgemeinem Beifall entgegen genommen.

Der Kongress beschloß sodann, den Vererbstattern der Zeitungen, deren Arbeiter und gestellte Nichtmitglieder ihrer Gewerkschaft von denen vier Zeitungen namhaft gemacht wurden vom Kongress auszuschließen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war von den Londoner Gasarbeitern beantragte Resolution über den Achtstundentag. Dieselbe lautet:

„In Anbetracht, daß der achtstündige Arbeitstag eines der wichtigsten vorläufigen Mittel zur Erreichung der endlichen Befreiung der arbeitenden Klasse ist, daß er die Zahl der Arbeitslosen vermindern, die Qualität der Arbeit verbessern und die geistige und leibliche Gesundheit der Arbeiter stärken wird, erklärt der Kongress, daß die Zeit gekommen ist, die Arbeitszeit auf 8 Stunden pro Tag in allen Gewerben und Beschäftigungen zu beschränken und beauftragt die parlamentarische Comité, einen entsprechenden Gesetzesentwurf auszuarbeiten und im Parlament einzubringen.“

Die Themasarbeiter wollen in dieser Resolution hinter 8 Stunden pro Tag die Worte **oder höchstens 48 Stunden pro Woche** eingeschaltet werden.

Hiergegen wird von allen Rednern Einspruch erhoben. Wenn ein Gesetz im Sinne des Amendements beschloffen würde, könnten die Unternehmer die Arbeiter eventuell 4 Tage 12 Stunden lang arbeiten lassen.

Das Amendement wird mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen der Antrag der Gasarbeiter mit 211 gegen 84 Stimmen angenommen. Gegen stimmen, wie auf den früheren Kongressen die Northumberlander und Durhammer Bergleute, die bereits eine kürzere Arbeitszeit haben und befürchten, daß bei einem gesetzlichen Maximum arbeitstag von 8 Stunden ihre Unternehmer verdrängen könnten, ihnen wieder den Achtstundentag aufzuoktrohieren.

Eine Resolution der Eisenbahnarbeiter für ein Haftpflichtgesetz, wonach der Unternehmer für alle Unfälle haftpflichtig sein soll, einerlei, ob Verunglückte die Gefahr gekannt hat oder nicht, wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Ebenfalls einstimmige Annahme fand eine Resolution, das Verschönerungsgesetz vom Jahre 1875 betreffend.

Das Gesetz, welches lange Zeit ein tochter Buchstabe war, ist gerade in letzter Zeit von den Kapitalisten wieder hervorgesucht worden, um bei einem Streik die Führer in's Gefängnis zu bringen. Sie verklagen dieselben auf Schadenersatz und versuchen, gegen sie einen Haftbefehl zu erlangen; was ihnen, wie berichtet wurde, im letzten Jahre wiederholt gelungen ist.

Resolutionen, das Armengesetz und bessere Erziehung der Armenkinder, die Fabrikinspektion und Zahlung von Diäten an Parlamentsmitglieder betreffend, werden ohne weitere Debatte angenommen.

Ueber das Genossenschaftswesen faßt der Kongreß folgenden Beschluß:

„Der Kongreß ist der Meinung, daß Gewerkschaften und Genossenschaften, sowohl Konsum- wie Produktgenossenschaften, von bedeutendem Werth für die Arbeiter sind und deshalb von denselben nachdrücklich unterstützt werden sollten. Der Kongreß empfiehlt, daß, wo Differenzen zwischen Gewerkschaftlern und Genossenschaftlern entstehen, dieselben sofort einem gemeinschaftlichen Comité von beiden Theilen zur Prüfung und Vereinbarung überwiesen werden.“

Scharf gegeistelt wurde die Regierung bezüglich ihres Verhaltens gegenüber der „Fair-Wages-Resolution“, welche vom Unterhaus im Februar 1891 beschlossen wurde und nach welcher dieselbe gehalten ist, dafür Sorge zu tragen, daß die bei Regierungsarbeiten beschäftigten Arbeiter zu den von ihrer resp. Gewerkschaft festgesetzten Arbeitsbedingungen beschäftigt werden.

Die Regierung wurde beschuldigt, häufig Arbeit an Kontraktoren zu übergeben, welche sich um das Gesetz absolut nicht kümmern.

Mit großem Interesse wurde der Verhandlung über folgende zwei Resolutionen entgegengefehen.

Die schottische Buchdruckerorganisation hatte beantragt:

„Dieser Kongreß ist der Ansicht, daß den Interessen der Arbeit am besten gedient wird, wenn das Land und die Produktions- und Austauschmittel verstaatlicht werden. Er beauftragt das Parlamentarische Comité, einen dahingehenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und alsbald einzubringen.“

Die allgemeine Gewerkschaft der Webstuhl-Arbeiter beantragte dagegen:

Der Kongreß beschließt, die Resolution von Keir Hardie, beschlossen auf dem Kongreß zu Norwich, den 6. September 1894, zu vernichten (die Resolution von Keir Hardie hat denselben Wortlaut, wie die vorstehende) und an ihre Stelle die folgende Resolution zu setzen:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß es zur Aufrechterhaltung der britischen Industrie durchaus notwendig ist, den Grund und Boden, die Bergwerke, Mineralien, Berggerechtigkeiten, Wege-

belastungen und Eisenbahnen zu verstaatlichen, und alles Wasser, künstliches Licht und alle Tramwaybahnen zu kommunalisieren. Das Parlamentarische Comité wird beauftragt, einen dahingehenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und einzubringen.“

Die Resolution der Buchdrucker wurde von denselben zurückgezogen und erklärte darauf der Präsident den ersten Theil der zweiten Resolution, welcher die Aufhebung der Resolution Keir Hardie in sich schließt, geschäftsordnungsmäßig für unzulässig. Jeder Kongreß — erklärte der Präsident — habe für sich souveräne Gewalt; sein Zweck sei, dem von ihm zu erwählenden parlamentarischen Comité für das nächste Jahr bis zum kommenden Kongreß Instruktionen zu ertheilen. Aus diesem Grunde sei es nicht angängig, daß ein Kongreß eine von einem früheren Kongreß beschlossene Resolution wieder aufhebe, da diese überhaupt nur für ein Jahr Gesetzeskraft habe.

Bei der Abstimmung wurde der zweite Theil der Resolution mit 172 gegen 42 Stimmen angenommen. Gegen dieselbe stimmte ein Theil von Sozialisten, die die Resolution irrtümlich als eine feindliche Kundgebung gegen den Sozialismus auffaßten und ein Theil konservativer Gewerkschaftler, die von keiner Verstaatlichung etwas wissen wollen.

Ueber Erziehungswesen beschloß der Kongreß mit großer Mehrheit die folgende Resolution:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß, weil die Gelder der Allgemeinheit für Erziehungszwecke verwandt werden, dasselbe auch unter öffentliche Kontrolle gestellt werden sollte und soweit unser gegenwärtiges Erziehungssystem nicht den berechtigten Ansprüchen des Volkes genügt, dasselbe auf einer breiteren und demokratischeren Basis reorganisiert, und daß in allen öffentlichen Elementarschulen die besten Resultate der Erziehungswissenschaft eingeführt werden sollten. Die Kinder müssen solch' eine Erziehung erhalten, physisch, intellektuell und moralisch, um sie zu befähigen, würdige Bürger eines genossenschaftlichen Gemeinwesens zu werden. Das Parlamentarische Comité wird beauftragt, der Regierung die Nothwendigkeit nahe zu legen, Maßnahmen auf Grund dieser Resolution baldigt durchzuführen.“

Die Annahme dieser Resolution wurde seitens der bürgerlichen Presse eigenthümlicher Weise als eine Niederlage der Sozialdemokratie bezeichnet, weil die von einem Sozialdemokraten beantragte Resolution stitistisch etwas von der obigen abweicht. Auch eine Auffassung!

Alsdann wurde das Parlamentarische Comité beauftragt, die Regierung zur Einbringung des vor den letzten Wahlen versprochenen Gesetzes, betreffend die Altersversicherung, zu drängen.

Der Vorschlag, den Kongreß künftig 14 Tage statt eine Woche tagen zu lassen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, einen Fonds für politische Wahlen zu gründen, aus welchem die Wahlkosten für solche Kandidaten bestritten werden sollten, die Gewerkschaftsmitglieder sind und die sich keiner der beiden politischen Parteien, weder den Tories noch den Liberalen, anschließen.

tiefften Abscheu auszubringen über den Mord und die Gewaltthätigkeiten, die von einer korrupten und fanatischen Regierung in Konstantinopel und in Armenien verursacht worden sind und er appellirt an alle zivilisirten Regierungen Europas, jede Wiederkehr der gemeinen Greuel in Zukunft wirkungsvoll zu verhindern."

II. „In Erwägung, daß die Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung eine große und stetig wachsende Nothwendigkeit ist, nicht nur unter den Arbeitern Großbritanniens, sondern ebenfalls unter denen des Kontinents, und bezugnehmend auf die Schwierigkeiten, die der Vereinigung der Arbeiter in kontinentalen Ländern gemacht werden, spricht der Kongreß die Hoffnung aus, daß die Gesetzgebung in Europa alle der Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung entgegenstehenden Hindernisse beseitigen wird, anstatt, wie dies in letzter Zeit namentlich in einer Nation geschehen, jeden Versuch der Arbeiter zur Organisation zu unterdrücken."

Ein Telegramm von Samuel Gompers, dem Präsidenten der American Federation of Labour empfiehlt die Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses. Diese Frage wird den Gewerkschaften zur Urabstimmung unterbreitet. Die Antworten sollen dem nächstjährigen nationalen Kongreß, der in Birmingham abgehalten werden wird, zur Verathung vorgelegt werden.

Als Delegirte zum diesjährigen amerikanischen Gewerkschaftskongreß in Cincinnati werden Mallison, der Vorsitzende des Edingburgher Kongresses, und Sam. Woods, der Sekretär des Parlamentarischen Comités, gewählt.

Zum Schluß nur einige kurze Bemerkungen. Vor einigen Tagen sind vier englische Gewerkschaftsführer, Tom Man, Wilson, Buzzo, Fehr, aus Deutschland ausgewiesen. Die „Republik“ Hamburg machte den Anfang, der Bremer Senat beschloß ebenfalls die Ausweisung, obgleich noch keiner der Genannten Bremisches Staatsgebiet betreten hatte. In Altona sollte eine Versammlung der Seeleute, wo Wilson als Referent angegeben war, stattfinden. Wilson erschien nicht, weil er zu der preussischen Regierung kein Vertrauen hatte. Wie Recht Wilson hatte, beweist, daß, wie von allen Zeitungen übereinstimmend berichtet wurde, der überwachende Beamte der Altonaer Versammlung einen Ausweisungsbefehl gegen Wilson in der Tasche hatte. Am Sonntag, den 20. September, sollte eine Versammlung der Seeleute und Hafnarbeiter in Nordenham, Oldenburg, stattfinden. Die Versammlung wurde verboten und Wilson, noch ehe er erschienen war, ausgewiesen.

Wir deutschen Arbeiter sind darüber noch nie im Unklaren gewesen, welche Stellung die deutschen Behörden gegenüber den Organisationsbestrebungen der Arbeiter einnehmen; durch diese Ausweisungen haben aber die deutschen Behörden vor der ganzen Welt demonstriert, wie traurig es um die Versammlungs- und Redefreiheit in Deutschland bestellt ist.

Welch einen Begriff müssen die englischen Gewerkschaftsführer von Deutschland mit nach Hause nehmen; in England besteht die größtmögliche Rede- und Versammlungsfreiheit; die Behörden legen den Gewerkschaften keinerlei Schwierigkeiten in den Weg. Im Gegentheil! Wo immer der englische Gewerkschaftskongreß tagt, da erscheint zu seiner Begrüßung der Bürgermeister des betreffenden Ortes. So war es in Edingburgh!

Der Lord-Probost M'Donald bewillkommnete die Delegirten in längerer Rede, erklärte, was die Stadt in Bezug auf sanitäre Verhältnisse gethan und vor Allem, was dieselbe bezüglich des Erziehungswezens geleistet. Er lud die Delegirten ein, alle öffentlichen Werke und Gebäude zu besichtigen. Zu Ehren derselben wurde außerdem auf Kosten der Stadt ein Fest gegeben.

Man mag über diese Feste und Reden denken, wie man will — unter allen Umständen sind sie eine offizielle Anerkennung der Bedeutung der englischen Gewerkschaftsorganisationen!

Noch Eins! Der englische Gewerkschaftskongreß hat Beschlüsse gefaßt bezüglich der auswärtigen Konkurrenz. Thatsache ist, daß gerade deutsche Fabrikanten infolge der von ihnen gezahlten niedrigen Löhne, der langen Arbeitszeit der deutschen Arbeiter im Stande sind, den Engländern erfolgreich Konkurrenz machen zu können. Dagegen helfen keine Resolutionen, wie sie der Kongreß in Edingburgh beschlossen hat, dagegen hilft nur Eins: Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland! Dazu aber bedürfen wir großer, gewaltiger Gewerkschaftsorganisationen, wie sie die englischen Arbeiter besitzen. Möge der Gewerkschaftskongreß in Edingburgh für die deutschen Arbeiter ein Ansporn sein, trotz aller behördlichen Uebergriffe und Gewaltmaßregeln, den englischen Arbeitern auf dem Wege der Organisation zu folgen. Dadurch allein können wir den Beweis wirklicher internationaler Solidarität erbringen!

* * *
In Nr. 38 des Hirsch-Dunder'schen „Gewerkverein“ bringt die Redaktion desselben aus einem Bericht der „Berliner Volkszeitung“ einen Auszug, in welchem es bezüglich des Vertreters der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf dem Kongreß in Edingburgh — von Elm — heißt:

„Die ganze weitere Rede von Elm's war thatsächlich eine Denunziation der Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereine vor der gesammten Arbeitererschaft Großbritanniens und Amerikas.“

Um zu zeigen, was es mit dieser „Denunziation“ auf sich hat, werden wir den Wortlaut der Ausführungen von Elm's in einer der nächsten Nummern bringen; wir wollen mal sehen, ob der „Gewerkverein“ dieselben ebenfalls seinen Lesern dann im Wortlaut mittheilen wird.

Ebenfalls werden wir später die Ansprache des amerikanischen Delegirten Straßer veröffentlichen, weil dieselbe einen historischen Rückblick auf die amerikanische Gewerkschaftsbewegung enthält, welcher auch für die deutschen Arbeiter von Interesse sein dürfte.

Die Ablehnung erfolgte mit 136 gegen 62 Stimmen. Gegen diesen Antrag stimmten auch die Sozialisten.

Ein Antrag, der den weiteren Ausbau des Labour Departments — Arbeitsministeriums — verlangt und fordert, daß dasselbe direkte statistische Aufnahmen über Arbeiterverhältnisse veranstalte, wird einstimmig angenommen.

Von Tillet's Antrag, nur denjenigen Delegirten das Recht, ihre Stimmkarten abzugeben, zuzusprechen, die im Augenblick der Abstimmung im Saal anwesend sind, verursacht eine lebhafte Debatte. Tillet meint, die jetzige Art der Abstimmung über die wichtigsten Anträge stärke das Uebergewicht der großen Vereine gegenüber den kleinen. Er tadelt, daß ein Theil der Delegirten in Edinburgh ihrem Vergnügen nachgingen und daß der Sekretär ihrer betreffenden Gewerkschaft das Recht habe, bei einer Abstimmung ihre Karten für sie abzugeben.

Der Vertreter der Vergleute, Wilson, erklärt, seine Organisation erkenne die individuelle Verantwortlichkeit des einzelnen Delegirten nicht an. Jeder einzelne Punkt der Tagesordnung sei von den Vergleuten eingehend berathen, über jeden sei Beschluß gefaßt und die Delegirten hätten gebundenen Auftrag, so und nicht anders zu stimmen, damit nicht die persönliche Meinung des Delegirten, sondern die seiner Auftraggeber zum Ausdruck komme. Deshalb könne ganz gut der Eine für den Anderen Karten abgeben, da er genau dessen Meinung kenne.

Von Tillet's Antrag wurde bei der Abstimmung durch Handaufheben mit 123 gegen 122 angenommen, bei der darauf vorgenommenen Kartenabstimmung dagegen mit 433000 gegen 506000 Stimmen abgelehnt.

In der Donnerstag-Nachmittagsitzung entschuldigte sich Ben Tillet, eine Gruppe abwesender Vergleute persönlich angegriffen zu haben. Dieselben seien, wie er unterrichtet worden, durch nothwendige Regelung einer Gewerkschaftsangelegenheit verhindert gewesen.

Die Redezeit wird darauf auf 3 Minuten beschränkt.

Ein Antrag von Tillet's der sofortige und allgemeine Amnestie für alle wegen politischer Vergehen Verurtheilten und ferner ein sofortiges Wiederaufnahmeverfahren in Sachen der 1892 zu zehn Jahren harter Arbeit verurtheilten Gailes, Charles und Battolo fordert, welche im Besitz von Explosivstoffen gefunden wurden, wird mit 88 gegen 52 Stimmen angenommen.

Die Abänderung des Libell-Gesetzes zu beantragen, wird einstimmig beschlossen.

In England kann man gegen die Regierung, ja selbst gegen die Königin Alles sagen und schreiben, sobald es sich aber um Privatpersonen handelt, ändert sich die Sache. So haben, wie berichtet wurde, mehrere Ausbeuterfirmen, gestützt auf die Bestimmungen des Libell-Gesetzes, es vermocht, die Verurtheilung von Trade-Unionisten zu Strafe und Schadenersatz durchzusetzen.

Es folgt eine ganze Reihe von Anträgen aus

einzelnen Gewerben, welche gesetzliche Maßnahmen zu ihrem Schutze fordern.

Die Zivilmusiker verlangen Schutz gegen die Konkurrenz von Militär- und Beamtenu Musikanten; die Kutscher wünschen praktische Fuhrleute Inspektoren, keine Polizeibeamte; die Wäckerer Schottlands, die Eisenbahnangestellten die Vergleute wünschen den gesetzlichen Arbeitstagen; die Diensthboten wünschen die Einbringung eines Gesetzes, nach welchem die Diensthboten nicht länger als 70 Stunden die Woche (einschließlich 1 1/2 Stunden Pausen für Mahlzeiten an jedem Tage) beschäftigt werden dürfen.

Die Ladendiener, Clerks, Verkäufer für alle Geschäfte, mit Ausnahme von Kaffeehäusern und Restaurationen, den Ladenschluß wie folgt festgesetzt:

Für 3 Tage in der Woche	Abends 7 Uhr
" 1 " " " "	Mittags 1 " "
" 1 " " " "	Abends 9 " "
" 1 " " " "	" 10 " "

Ueber die "Durchführung" des "fair work and fair hour law" — Gesetzes über ständige Löhne und Arbeitszeit für die bei Staatsarbeiten beschäftigten Buchdrucker, Buchbinder, Eisen- u. Stahlarbeiter, Dockarbeiter Klage und werden die von ihnen beantragten Resolutionen angenommen.

Mehrere Gewerbe wünschen eine Ausdehnung der Fabrikgesetze auch auf ihr Gewerbe, wird in diesem Sinne beschlossen.

Die Eisenbahnangestellten wünschen, daß im Eisenbahnbetrieb beschäftigten Arbeiter Farbenblindheit untersucht werden, da durch farbige Eisenbahnangestellte schon manches Unbathungsglück herbeigeführt sei.

Lebhafte Klage wird seitens mehrerer Gewerbe über die auswärtige Konkurrenz geführt. Beschlossen wird, die Regierung aufzufordern, ihren Bestellungen die heimische Industrie zu berücksichtigen, wie auch einen Gesetzentwurf zuzubringen, nach welchem alle eingeführten Waaren aus anderen Ländern die Bezeichnung "Werk in ..." — Name des Landes, woher die Waaren stammen — führen sollen.

Annahme findet ebenfalls ein Antrag bezüglich besserer Ausbildung von Lehrlingen.

Lebhaft debattirt wird ein Antrag, welcher Kinderarbeit unter 15 Jahren und Nachtarbeit für jugendliche Personen unter 18 Jahren verboten haben. Mehrere Delegirte, besonders einige Textilarbeiter halten diesen Antrag als zur Zeit noch zu frühgehend und opponiren demselben. Derselbe wird jedoch bei der Abstimmung mit 118 gegen 107 angenommen und bei der darauf vorgenommenen Kartenabstimmung mit 394 000 gegen 353 000 Stimmen angenommen. Das Abstimmungsergebnis wird mit lebhaftem, andauerndem Beifall aufgenommen. Auch mit auswärtiger Politik beschäftigte sich der Kongreß. Einstimmige Annahme fanden folgende zwei Resolutionen:

I. Dieser Kongreß, der direkte Vertreter organisirten Arbeiterschaft von Großbritannien wünscht auf der Grundlage der Menschlichkeit